

Dr. Oliver Müller  
Deutscher Caritasverband „Caritas international“  
Pressekonferenz „Jahresbericht 2023“  
Freiburg, 10. Juli 2024, 10:30 Uhr

## **ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

Vielen Dank, Frau Präsidentin, das ist in der Tat so. Auf wenige andere Länder trifft die Überschrift „Vergessene Katastrophe“ so sehr zu wie auf die humanitäre Krise in der Demokratischen Republik Kongo. Wir müssen uns ja nur fragen: Wann haben wir das letzte Mal vom Kongo etwas in der Zeitung gelesen? Wann etwas im Radio gehört? Wann ist uns die Not der kongolesischen Zivilbevölkerung in den bundesdeutschen Medien nähergebracht worden?

Liebe Gäste, ich habe in meinen 32 Berufsjahren bei Caritas international sehr viele Krisenländer und Flüchtlingslager gesehen und erlebt. Aber in kaum einer anderen Region dieser Welt geht es den Menschen in diesen Tagen so schlecht wie den Frauen, Männern und Kindern im Ost-Kongo. Sieben Millionen Menschen sind dort auf der Flucht, 25 Millionen leiden unter schwerer Ernährungsunsicherheit – so viele wie nirgendwo sonst auf der Welt. Es handelt sich um eine der schwersten humanitären Krisen unserer Tage.

Zumal die Menschen auch noch furchtbarer Gewalt ausgesetzt sind: Dörfer werden niedergebrannt und geplündert, Frauen systematisch vergewaltigt. In den Flüchtlingslagern, die ich gesehen habe, leben oft sechs Personen auf vier Quadratmetern mit einer Matratze, ein paar Wasserkanistern, Kleidung und drei, vier Töpfen. Es ist kaum vorstellbar, wie die Menschen unter diesen Bedingungen leben und überleben.

Und das seit 30 Jahren. Tag für Tag. Wenn aktuell Hilfe irgendwo besonders dringlich ist – daran gibt es für mich keinen Zweifel –, dann im Kongo.

Wir schätzen uns deshalb sehr glücklich, dass wir mit der Caritas Goma und der katholischen Kirche starke lokale Partner haben. Caritas und Kirche genießen auf allen Seiten hohes Ansehen und sind landesweit präsent. Ohne diese starken lokalen Partner, ohne ihre besondere Integrität und Autorität wäre es in unseren Hilfsprojekten nicht möglich gewesen, über die Jahre hinweg das Überleben der Menschen sicherzustellen.

150.000 Menschen konnten wir mit mobilen Kliniken, Latrinen und Trinkwasser in Goma/Nordkivu, in Ituri, Tanganyika und Kasai versorgen. Dafür haben wir 3.425.797 Euro aufgewendet. Ein Großteil dieser Gelder – fast zwei Millionen Euro – stammt vom Auswärtigen Amt. Ohne diese Gelder deutscher Steuerzahler wären in und um Goma deutlich mehr Menschen an Hunger und Krankheiten gestorben. Dieses Geld hat das Leben ungezählter Menschen gerettet.

Es trifft uns als Hilfsorganisation deshalb schwer, dass wir schon im August 2024 aufgrund der Budgetkürzungen durch das Finanzministerium keine Mittel mehr haben werden, um die Hilfsprojekte fortzuführen. Unsere Gesprächspartner im Auswärtigen Amt sehen den großen Hilfebedarf, aber ihnen fehlen nach den Budgetkürzungen durch das Finanzministerium schlichtweg die Mittel.

Die Einschnitte durch die in der Ampel-Koalition beschlossenen Haushaltskürzungen sind massiv: Seit 2022 wurden die öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereits um rund 20 Prozent gekürzt. Wenn die derzeitige Planung von Bundesfinanzminister Christian Lindner umgesetzt wird, dann sinkt die Finanzierung im Jahr 2025 mindestens um weitere 1,6 Milliarden Euro.

Das humanitäre Budget des Auswärtigen Amtes hat in den vergangenen zwei Jahren einen linearen Absturz hinter sich: Von 3,2 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 2,7 Milliarden im Jahr 2023 auf nun wahrscheinlich 2,2 Milliarden Euro für 2024. Und es verdichten sich die Hinweise, dass das Budget 2025 noch einmal drastisch abgesenkt werden soll.

Unsere Nothilfe-Projekte sind in den zurückliegenden Jahren vom Auswärtigen Amt mit durchschnittlich rund 18 Millionen Euro pro Jahr gefördert worden. Für diese Unterstützung sind wir sehr dankbar, da es sich um Hilfe handelt, die sonst nicht möglich gewesen wäre. Aufgrund der Bewilligungslage in diesem Jahr müssen wir aber davon ausgehen, dass für die Hilfeprojekte – je nach Szenario – in den kommenden Jahren 30 bis 40 Prozent weniger Geld für die Hilfen zur Verfügung stehen werden. Das ist dramatisch!

Das alles sind zunächst abstrakte Zahlen. Wie das Beispiel unserer Kongo-Hilfe zeigt, geht es aber sehr konkret um die Menschen, die wir „die Ärmsten der Armen“ nennen. Sollten die Kürzungen im Bundeshaushalt weiterhin so rigoros umgesetzt werden wie angekündigt, dann trifft es die vielköpfigen Familien, die schon jetzt in Goma mit 20 Liter Wasser pro Tag auskommen müssen.

Dabei sind unsere Projekte im Kongo nicht die einzigen, die betroffen sind. Eine Umfrage unter 150 deutschen Organisationen, die wie wir in der humanitären Hilfe tätig sind, ergab, dass die Kürzungen mindestens 40 Länder treffen werden, besonders solche mit „vergessenen Krisen“ wie im Kongo, in Burundi und in Burkina Faso.

Um es deutlich zu sagen: Angesichts der stetig wachsenden Zahl von Kriegen und Krisen ist es das vollkommen falsche Signal, jetzt die Mittel für die humanitäre Hilfe zu kürzen. Die Schere zwischen dem weltweiten humanitären Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln ist in den vergangenen Jahren ohnehin schon drastisch auseinandergegangen.

368 Millionen Menschen waren 2023 auf humanitäre Hilfe angewiesen. Von den 56,7 Milliarden US-Dollar, die nötig gewesen wären, um diese Frauen, Männer und Kinder menschenwürdig zu versorgen, standen aber nicht einmal 40 Prozent zur Verfügung. Die Finanzierungslücke hat damit ein neues Rekordniveau erreicht.

Schon aus humanitärer Verantwortung gegenüber den hilfeschreitenden Menschen sind die Budgetkürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe aus unserer Sicht deshalb fatal. Es handelt sich um eine dramatisch falsche Weichenstellung in der deutschen Politik.

Diese Neuausrichtung ist aber auch unter geopolitischen Gesichtspunkten kurzsichtig. Denn bei allem Verständnis für innenpolitische Belange ist es zu kurz gedacht, ausgerechnet bei der humanitären Hilfe den Rotstift anzusetzen. Im Sinne unserer eigenen Stabilität muss uns daran gelegen sein, Krisenländer nicht weiter zu destabilisieren. Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind bewährte Instrumente deutscher Politik, um auf Frieden, Demokratie und menschliche Sicherheit hinzuwirken. Den Verteidigungshaushalt zu erhöhen, aber die Mittel für humanitäre Hilfe zu kürzen, ist deshalb kein Rezept zur Bewältigung globaler Krisen! Es ist absehbar, dass die Kürzungen von heute die Krisen von morgen sind.

Vor der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs, die für den 17. Juli geplant ist, appellieren wir deshalb eindringlich an die Bundesregierung, aus humanitärer Verantwortung und politischer Vernunft die Budgetkürzungen bei den Schwächsten der Schwachen zurückzunehmen.

Dr. Oliver Müller

Leiter von Caritas international